

# Hohenstein-Ernstthal Tageblatt

## Amtsblatt

## Anzeiger



für  
das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.  
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für  
Hohenstein-Ernstthal mit Gattengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gersdorfer, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Callenberg, Grumbach, Tirschtal, Ruchsnappel, St. Egidien, Wästenbrand, Grina, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 9,75 Mk., monatlich 3,25 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 9,75 Mk., monatlich 3,25 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 10,65 Mk., monatlich 3,55 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11.  
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.  
Postcheck-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechstagepaarige Korpusgröße 60 Pfg., auswärts 60 Pfg., im Reklamefeld 1,25 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiger Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei unangemessener Einbringung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 56

Dienstag, 9. März 1920

70. Jahrg.

### Der kommende Reichspräsident.

In weiten vaterländischen Kreisen ist immer lauter der Wunsch ertönt, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg als Kandidaten für die bevorstehende Neuwahl des Reichspräsidenten aufzustellen. Wenn einer geeignet ist, die Hoffnungen zu erfüllen, die das Volk in den neuen Reichspräsidenten setzt, so ist es Hindenburg, der, über allen politischen Gegensätzen und allem Streit der Parteien stehend, das Vertrauen des ganzen Volkes genießt und in seiner Person den Einheits- und Ordnungssinn aller wahren Freunde unseres Vaterlandes verkörpert. Es besteht bestimmter Grund zu der Annahme, daß der Generalfeldmarschall trotz d. s. ihm zugemuteten Opfers sich einem solchen Wunsch nicht versagen wird, sofern er ihm aus unserem Volke heraus entgegengebracht wird. Schon in nächster Zeit wird ein Aufruf von führenden Männern und Frauen aus allen Teilen des deutschen Reiches, aus allen Berufsständen und Bevölkerungsguppen sich an unsere deutschen Volksgenossen wenden und zur Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten auffordern.

### Die Nationalversammlung soll sich auflösen.

Die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei haben, wie schon mitgeteilt, gemeinsam in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht, der die Mehrheitsparteien auf eine entscheidende parlamentarische und politische Gewissensprobe stellen wird. Der Antrag fordert, daß die Nationalversammlung, die ja bekanntlich souverän ist, sich zum 1. Mai auflöst. Die amtliche Korrespondenz der Deutschen Volkspartei schreibt dazu:

„Die parlamentarische Vertretung, die sich das deutsche Volk im Januar 1919 gewählt hat, ist für die Erneuerung längst überreif geworden. Schon ihr Name gab ihr die Legitimation nur für eine begrenzte Zeitdauer. Sie sollte die vorläufige Nationalversammlung sein. Sie sollte die Grundlage schaffen für die staatliche Neuordnung Deutschlands und dann ihren Platz dem Reichstag räumen. Diese Bestimmung lag von vornherein in ihrem Namen, so gut wie in ihrem Wesen und es ist in ähnlichen Fällen in der Geschichte nie anders gewesen, als daß die verfassunggebende, parlamentarische Volksvertretung alsbald einer Nachfolgerin Platz machte, die auf Grund von Neuwahlen die parlamentarischen Arbeiten in Angriff nahm. Die deutsche Nationalversammlung hat schon wesentlich ihre ursprüngliche Bestimmung überschritten. Immerhin ließ sich die Verlängerung ihrer Lebensdauer mit der Dringlichkeit gewisser gesetzgeberischer Arbeiten begründen. Nun aber ist der Zeitpunkt unweigerlich gekommen, in dem die Nationalversammlung sich selbst ein Ziel setzen muß, wenn sie nicht in den schärfsten Widerspruch mit dem Geist und Wesen der parlamentarischen Verfassung und mit den weitesten Schichten der Bevölkerung geraten will.“

Das parlamentarische Regierungssystem erfordert eine unbedingte Mehrheit. In der politischen Geschichte ist es mit dem Mehrheitswillen des Volkes. Jede Wahl, in jedem beliebigen Landesteil Deutschlands, beweist immer wieder von neuem, daß die heutige Volksstimmung sich nicht mit derjenigen Mehrheit deckt, die im Januar vorigen Jahres die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse schuf. Inzwischen sind Ereignisse über das Land hinweggegangen, die das Volk in seinem tiefsten Innern aufgewühlt haben, und die von größter Bedeutung für die Bildung des politischen Urteils geworden sind. Dem deutschen Volke sind in den Monaten, die seit der Revolution verstrichen sind, die Augen weit aufgegan-

gen, und es sieht heute die Dinge ganz anders an als im Januar vorigen Jahres. Wenn man ihm heute auch die Mehrheitsverhältnisse der Nationalversammlung aufzwingt, so tut man damit den Anschauungen und dem Willen, von denen es heute befeht ist, schlimmste Gewalt an. Darum ist es geradezu ein Verbrechen an dem Geist des parlamentarischen Systems, wenn sich Regierung und Mehrheitsparteien gegen die Anerkennung der wahren Volksmeinung sträuben, die ihnen aus jeder Wahl wie ein flammender Protest entgegen schlägt. Es ist Absolutismus im schlimmsten Sinne des Wortes, wenn Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum weiter regieren, ganz so, als sei ihre parlamentarische Herrschaft nicht längst bis in ihre Grundtage erschüttert. Wir fordern Neuwahlen, damit endlich der wahre Wille und die wahre Auffassung des deutschen Volkes wieder zur Geltung kommen. Wir fordern auch Neuwahlen, damit endlich mit der Arbeit des positiven und praktischen Wiederaufbaues begonnen werden kann. Die parlamentarische Mehrheit, die heute die Regierung bildet, genießt weder die Autorität, noch das Vertrauen, die unerlässliche Vorbedingungen wirklichen positiven Schaffens sind. Das ist nur natürlich, denn jedermann weiß, daß sie sich ein Regierungsmandat anmaßt, das ihr längst nicht mehr zukommt. Jedermann weiß auch, daß diese Regierungsmehrheit nur mit der größten Mühe den Schein der Einheit nach außen hin aufrecht erhält, daß aber in ihrem Innern parteipolitische Interessengegenstände jedes fruchtbare Schaffens hemmen. Deshalb liegt es auch offen zutage, daß diese Regierung völlig abgewirtschaftet hat und trotz aller zeitweiligen Scheinerfolge den Niedergang unserer Wirtschaft und unserer nationalen Entwicklung nicht aufzuhalten vermag. Soll endlich der Wendepunkt zum Besseren eintreten, so müssen unbedingt in kürzester Frist neue Regierungsgrundlagen geschaffen werden, die fest im Volkswillen wurzeln und der Regierung gestatten, mit Autorität und mit dem Anspruch auf Vertrauen im Inlande und Auslande aufzutreten.“

Diese Gründe sind schwerwiegend und durchschlagend und gegen jede Kritik stichhaltig. Sollten sich die Mehrheitsparteien aus Angst vor der Abrechnung ihnen verschließen, so wird die Deutsche Volkspartei es sicher nicht daran fehlen lassen, ihrer Forderung den nötigen Nachdruck zu geben.“

Wenn der Mantel fällt, muß auch der Herzog nach. Auch die Landesparlamenten, an erster Stelle mit unsere sächsischen Volkskammer, entsprechen schon lange nicht mehr dem Mehrheitswillen der Wähler. Die regierenden Sozialdemokraten und Demokraten werden sich wohl oder übel entschließen müssen, in absehbarer Zeit Neuwahlen anzuberaumen, wollen sie den Vorwurf auf sich lenken, daß sie ihren Herrschaftsgelüsten zuliebe das demokratische Prinzip des Regiments der Mehrheit beugen.“

„Der Vertrag von Versailles wird jormell nicht revidiert, sein Geist ist aber gestorben.“

„Der Vertrag von Versailles wird jormell nicht revidiert, sein Geist ist aber gestorben.“

„Der Vertrag von Versailles wird jormell nicht revidiert, sein Geist ist aber gestorben.“

„Der Vertrag von Versailles wird jormell nicht revidiert, sein Geist ist aber gestorben.“

„Der Vertrag von Versailles wird jormell nicht revidiert, sein Geist ist aber gestorben.“

„Der Vertrag von Versailles wird jormell nicht revidiert, sein Geist ist aber gestorben.“

### „Der Geist des Vertrages von Versailles ist gestorben“

Der Beschluß des Obersten Rates, Deutschland wieder erporzuhelfen, hat naturgemäß in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt. Sehr lehrreich ist es, die Wirkung in den einzelnen Ländern zu beobachten. Daß in Frankreich heller Anmut herrscht, ist selbstverständlich, aber es dämmert doch auch dort. Am offensten wird der Umbruch in der Ententepolitik und seine Beweggründe in Italien besprochen, und wir finden dort unsere Auffassung bestätigt, daß Englands Gegnerschaft gegen das zu mächtig werdende Amerika die erste Triebfeder ist, und dann erst die Erkenntnis der Mächte, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nur nachkommen kann, wenn es wirtschaftlich wieder gestärkt ist. So lesen wir in der „Idea nazionale“:

„Der Vertrag von Versailles wird jormell nicht revidiert, sein Geist ist aber gestorben.“

„Der Vertrag von Versailles wird jormell nicht revidiert, sein Geist ist aber gestorben.“

### England sucht die Annäherung Amerikas an Deutschland zu vereiteln.

Die Gründe des englischen Vorschlages, Deutschland durch einen großen Kredit zu helfen, ergeben sich aus folgender Meldung:

„Der Pariser Korrespondent der „Basler Nachrichten“ meldet, daß der Grund zu der internationalen Anleihe in englischem Einfluß zu suchen ist. Es handelt sich darum, daß Amerika Deutschland einen Kredit von 400 Millionen Dollar bewilligen wolle. Um zu vereiteln, daß dieser Kredit zustande kommt, hat England seinen Vorschlag gemacht, um dadurch einer Annäherung Amerikas an Deutschland vorzubeugen.“

Damit erzählt die mehrfach betonte Auffassung eine Bestätigung, daß der innere Zusammenhang zwischen den Ententemächten und Amerika nicht allzulange dauern werde. Deutschland

ist in diesem Falle der Nutznießer der beginnenden Eiferjucht zwischen England und Amerika. Und da es neuerdings sehr still geworden ist, von einem amerikanischen Kredit, so kann es uns schon recht sein, wenn wir den Kredit von England erhalten. Hauptsache bleibt natürlich, daß wir keine Verpflichtungen auf uns nehmen, die uns neue Lasten auferlegen. Vielleicht wird sich das aber dadurch vermeiden lassen, daß Amerika uns doch noch mit einem Angebot kommt, und daß die englischen und die amerikanischen Bedingungen sich gegenseitig beeinflussen.“

### Das Reichstagswahlgesetz.

Der von der „Allgemeinen Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Entwurf des Wahlgesetzes bestimmt u. a.: Reichstagswähler ist, wer am Wahltag Reichstagsangehöriger und 20 Jahre alt ist. Wählen kann nur, wer in eine Wählerliste oder Wahlpartei eingetragen ist oder einer Wahlschein hat. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 25 Jahre alt und seit mindestens einem Jahr Reichstagsangehöriger ist. Die Wahlkreise sind so bemessen, daß auf ihre Gesamtwahlerezahl in der Regel vier Abgeordnete fallen. Ueber die Wahl der Auslandsdeutschen heißt es u. a.: Wahlberechtigt und wählbar sind auch Reichstagsangehörige, die sich im Auslande ständig aufhalten, sowie solche, die es vorübergehend tun und einen Wahlschein besitzen. Das gesamte Ausland bildet einen Wahlkreis. Die Auslandsdeutschen erhalten soviel Abgeordnetenstimmen, wie oft die Summe der von ihnen abgegebenen gültigen Stimmen durch 60 000 teilbar ist.

### Geographie im Auswärtigen Amt.

Im Reichsgeheft Nr. 33 war, wie der „Tag“ schreibt, dieser Tage folgende Bekanntmachung zu lesen:

„Das im Reichsgeheft vom 1917, Seite 279 abgedruckte, am 6. Juli 1900 im Genüß erzeichnete Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken bei den im Felde stehenden Heeren ist von dem orientalischen Freistaat Uruguay ratifiziert worden: die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde ist am 25. November 1919 in Bern erfolgt. Diese Bekanntmachung schließt sich an die Bekanntmachung vom 10. Januar 1920 Reichsgeheft Seite 12) an. Berlin, den 11. Februar 1920.“

Der Reichsminister des Auswärtigen, gez. Müller.“

Es sollte wohl jeder wissen, daß es in Südamerika eine kleine Republik Uruguay gibt. Der amtliche Name dieses Landes lautet: „Republica oriental del Uruguay“, d. h. zu deutsch: „Freistaat östlich des Uruguay“, weil nämlich der Staat östlich des Flusses Uruguay gelegen ist, wie ein Blick auf die Karte von Südamerika lehrt. Das Wortchen „oriental“ hat nun das Auswärtige Amt verteidigt, das wiederum Uruguay nach dem Orient zu verlegen. Herr Hermann Müller, der gelernter Kaufmann ist, sollte, ehe er solchen Unsinn unterschreibt, doch wenigstens einen Atlas zu Rate ziehen, wenn seine Schulkenntnisse nicht ausreichen.“

### Schulferien von Parteiwegen.

Der preussische Kultusminister Haenisch hat dieser Tage folgenden Erlass hinausgegeben:

„Ich bin aufmerksam geworden, daß die politische Betätigung der Lehrkräfte bisweilen deswegen auf Schwierigkeiten stößt, weil sie durch ihren Unterricht verhindert sind, an politischen Veranstaltungen ihrer Partei teilzunehmen. Es ist mein Wunsch, daß diese Schwierigkeiten tunlichst überwunden werden. Wo es sich mit dem Interesse der Schule irgendwie vereinbaren läßt, können erforderlichenfalls Stundenverlegungen (!) vorgenommen werden.“

„Er wird wohl niemand geben, der solchen Bestrebungen gegenüber nicht einwendet, daß sie zu weit gehen. Der Lehrer gehört zuerst in die Schule und dann in die politische Versammlung. Was er mit seiner Freiheit macht, ist seine Sache, während der Schulstunden, die doch nach einem Lehrplane festgesetzt sind, hat er seinen Beruf auszufüllen und nicht willkürlich die Schule ausfallen zu lassen, um einer Parteiversammlung beizuwohnen. Wenn auch in dem Nachhinein des Er-